Telegraphendrahtpost Berlin-Dresden.

Dieses Blatt erscheint täglich früh 7 Uhr i. d. Exped.: Marienstr. 18. Abonnements-Preis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfg., durch die Post 3 Mark 75 Pfg. Nummer 10 Pfg. Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inserate für die Dr. Nachr. nehmen an: Annoncen-Bureaus von Haasenstein & Vogler; — Rud. Mosse; — Daube & Co.; — Invalidendank; — G. Müller in Leipzig; — Rud. Eick in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — B. Arndt, Berlin W.; — Adolf Steiner in Hamburg; — Zeitungs-Agentur von E. Plohut in Teplitz.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 532 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung angenommen. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 30 Pfg.

Hochfeine
Masken-Garderobe
für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Accuratesse empfiehlt
Frau Bertha Streng,
grosse Brüdergasse Nr. 3
Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Moritz Klingner,
Augustusstrasse Nr. 4 (Bazar de voyage),
empfiehlt zur billigen und praktischen Reise
Fournier-Reisekoffer
als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz.
Grösste Auswahl von Taschen-Necessaires etc.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Seestrasse 5, part. u. I. Etage. **Theodor Binder,** Seestrasse 5, part. u. I. Etage.
Magazin fertiger Knaben- und Mädchen-Garderobe. Anfertigung nach Maass.

Nr. 17. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 17. Januar: Mäßiger Westwind, veränderliche Bewölkung, etwas Niederschlag, Temperatur wenig verändert. | Dresden, 1884. **Donnerstag, 17. Jan.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Was das preußische Abgeordnetenhaus mit den beiden Steuergesetzen vornimmt, die es jetzt beschäftigen, hat für die nichtpreußischen Deutschen zunächst nur ein Interesse von zweiter Garnitur. Gleichwohl wäre es verfehlt, die Augen vor diesen Berathungen zu verschließen. Die Rückwirkung auf die Steuergesetzgebung sowohl des Reiches wie der Einzelstaaten kann nicht ausbleiben. Schon der Umstand, daß der Finanzminister v. Scholz ziemlich cavalierement von der im Interesse der Finanzen der Einzelstaaten beschlossenen sogenannten Frankenstein'schen Klausel sprach, fordert einiges Mißtrauen heraus. Nach jener Klausel sind die Einnahmen des Reiches an Zöllen, soweit sie 130 Millionen Mark übersteigen, an die Einzelstaaten zu vertheilen. Fast wollte es scheinen, als ob der preußische Finanzminister auf die fernere Erhaltung dieser heilsamen Klausel gar keinen Werth mehr legte. Denkt die preußische Regierung an Abschaffung dieser Klausel, so wird sich im Abgeordnetenhause das ganze Centrum gegen die vorgelegten Steuergesetze erheben; im Reichstage aber werden die nichtpreußischen Abgeordneten aller Parteien in Opposition gegen die Reichsregierung gedrängt. Denn im Interesse geordneter Finanzen sind alle Einzelstaaten, wie jetzt die Steuergesetze liegen, auf die Zuschüsse des Reichs unbedingt angewiesen. Jede Ungewißheit darüber, ob ihnen auch in Zukunft Einnahmen aus jener Reichsquelle sicher zufließen, verursacht Schwankungen bedenklichster Art in den Budgetaufstellungen und der Abmessung des Steuersolls der Einzelstaaten. Eine fernere Rückwirkung der Beschlüsse des Berliner Abgeordnetenhauses über die neuen Steuergesetze liegt für die Einzelstaaten darin, daß sie, je nach dem, ihre eigenen Einkommensteuergesetze reformiren oder nicht. Der preußische Vorgang ist nach dieser Richtung hin fingerzeigend. Es würde z. B. im Königreich Sachsen gewiß kein dringender Anlaß vorliegen, auf gänzlicher Befreiung der untersten Einkommensteuerklassen zu bestehen, sobald nicht eine gleiche Einrichtung in Preußen Platz greift. Läßt aber der preußische Staat bei seinen Steuerpflichtigen alle Einkommen bis zu 1200 Mark ganz steuerfrei, so ist der Abstand, wenn Sachsen gar Nichts in dieser Richtung thut, gar zu groß, als daß nicht übel auffallende Vergleiche auftauchten. Denn obwohl die Steuerlast, im Allgemeinen betrachtet, in Sachsen wesentlich milder ist als in Preußen und bei uns eine große Unzufriedenheit über die 1 Mark in der untersten Steuerstufe nicht gerade wahrzunehmen ist, auch bei der Vergleichung verschiedener Besteuerungen noch ganz andere Momente mitspielen, als die bloße Gegenüberstellung der Ziffern, so läge in der Thatsache, daß der Arbeiter, der kleine Häusler, Beamte oder Handwerker in Preußen bei einem Einkommen bis zu 1200 Mark Nichts zahlt, in Sachsen aber mäßig herangezogen wird, ein Umstand, dessen sich die gewerbsmäßigen Agitatoren mit Vergnügen bemächtigen würden, um Unzufriedenheit zu erregen. Zunächst erscheint es nach dem Gange der Debatte sehr unglaubhaft, daß man in Preußen die gänzliche Steuerbefreiung bis zu den 1200 Mark Einkommen ausdehnt; voraussichtlich wird man die Grenze bei 900 Mark ziehen.

Zur Nachfolge auffordernd würde es auch sein, wenn Preußen eine besondere Kapitalrentensteuer einführte. Bekanntlich ist es das hauptsächlichste Gebrechen unseres sonst so trefflich gearbeiteten Einkommensteuergesetzes, um welches uns Preußen beneidet, daß es eine sogenannte Vermögenssteuer nicht kennt. Es macht keinen Unterschied in der Auswerfung der Steuer, ob das Einkommen eines Pflichtigen aus der Arbeit seiner Hände resp. Geistes herrührt, oder ob es der Ertrag von Kapitalzinsen ist. Wer jährlich 1000 Mark aus Zinsen, Renten, Pachtschilling u. s. w. einnimmt, ohne mehr zu thun als Coupons abzuschneiden oder eine Quittung zu unterschreiben, soll mehr bezahlen, als Wer sich die 1000 Mark durch die tägliche Anstrengung seiner Muskeln oder seines Hirns mühsam erst verdienen muß. Kommt es im Laufe der Zeiten und auf Grund weiterer gesammelter Erfahrungen einmal zu einer Revision des sächsischen Einkommensteuergesetzes, so versteht es sich von selbst, daß man diesen Unterschied zwischen fundirtem und nicht-fundirtem Einkommen gesetzgeberisch berücksichtigt. Wir würden uns nur freuen, wenn aus den Verhandlungen über die preußischen Steuergesetze mindestens dieses eine Bruchstück (man nennt es dort Kapitalrentensteuer) gerettet würde.

Zunächst freilich will es scheinen, als ob die Steuerreform ausgehen wird wie das Hornberger Schießen. Hieran trägt die zweideutige Erklärung des Finanzministers über Abschaffung der Frankenstein'schen Klausel einen großen Theil der Schuld, denn sie entfremdet ihren Projekten die 120 Stimmen des Centrums. Mit den Liberalen vereint sind beide stark genug, durch die Concepte des Herrn von Scholz einen dicken Strich zu ziehen. Natürlich zetert die Vertretung der Großkapitalisten, die in Eugen Richter einen schlagfertig-brutalen Draufgänger besitzt, gegen die gerechtere Heranziehung des mobilen Kapitals zu den Staatslasten. Hat sie im Reichstage die Einführung der doch so nothwendigen Börsensteuer zu hintertreiben verstanden, wie sollte sie nicht im Abgeordnetenhause sich getrauen, auch der angemessenen Besteuerung des mobilen Kapitals ein Schnippchen zu schlagen? Schon über die Besteuerung der Aktiengesellschaften erhebt Eugen Richter ein Mordsgeschrei. Die Steuerfreiheit, welche bisher in Preußen juristische Personen, Gesellschaften und Vereine genießen, existirt nirgendswo anders mehr. Sie ist eine schreiende Ungerechtigkeit und Jemand, der wie der Fortschrittspapst Richter so oft sich als Anwalt der ärmeren Klassen aufspielt, sollte sich schämen, der Aufrechterhaltung dieses Steuerskandals seine Zunge zu leihen. Den Staat, öffentliche Verbände, religiöse, kirchliche, Unterrichts-, wissenschaftliche, künstlerische oder sonstige gemeinnützige Ziele verfolgende Gesammtheiten, milde Stiftungen und dergl. wird Jedermann von einer Besteuerung freihalten; aber den Reinertrag der oft reiche Dividenden abwerfenden Aktiengesellschaften von Bergwerken, Hütten, Brauereien, Fabriken aller Art ganz steuerfrei zu lassen, ist eine der unberechtigsten preußischen Eigenthümlichkeiten. Der Einwand der angeblichen Doppelbesteuerung ist blos Gefasel. Als steuerpflichtiges Einkommen einer Aktiengesellschaft kann nur der Reinertrag herangezogen werden; der einzelne Aktionär hat nur Anspruch auf solche Dividenden, die nach Abzug der gesetzlichen Steuern übrig bleiben und hat lediglich diesen Betrag zu versteuern. Aber für solche, der einfachsten Gerechtigkeit entsprechende Gründe hat der große Volkstribun kein Verständniß. Er poltert natürlich erst recht gegen die Kapitalrentensteuer, da sie dem Prozeß der Kapitalanhäufung in den Händen Weniger einen Riegel vorschiebt und außerdem zur öffentlichen Kenntniß bringt, wie diese Kapitalanhäufung vor sich geht. Das mobile Vermögen, zu einem so großen Theile im Besitze der spezifischen Gönner Eugen Richters an der Börse, entzieht sich so wie so leicht der Besteuerung. Eine Kapitalrentensteuer ist nur eine bescheidene Ausgleichung der Steuern, welche die Arbeit und alle gütererzeugenden Kräfte der Nation bezahlen. Wenn bei künftigen Wahlen die Fortschrittspartei ihre volksbeglückenden Programme behufs des politischen Bauernfangs vom Stapel läßt, wird man sie erinnern wie sie sich jetzt gegen die Besteuerung der großen kapitalkräftigen Aktiengesellschaften und des in Inhaberpapieren angelegten mobilen Kapitals aufgebäumt hat.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 16. Jan.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Berathung der Steuervorlagen fort. v. Zedlitz-Neukirch (freikons.), sowie Prof. Dr. Wagner traten für die Vorlagen ein. Beide wünschten indeß, daß die Deklarationspflicht (die nach dem Muster des sächsischen Einkommensteuergesetzes in die Vorlage, aber nur für das Kapitalrenteneinkommen aufgenommen ist) auf alle Einkommen ausgedehnt werde. Dr. Wagner kennzeichnete das unpatriotische Verfahren Richters und des von diesen herausgegebenen „Reichsfreund", worüber es zu einigen stürmischen Scenen kam. Hobrecht, der ehemalige national-liberale Finanzminister, brachte allerlei Bedenken gegen die Vorlage vor, ohne sich gerade unbedingt ablehnend auszusprechen. Windthorst stellte sich günstig, sein Fraktionsgenosse ablehnend zur Vorlage. Der Finanzminister von Scholz berichtigte eine von ihm gestern gethane Aeußerung, indem er erklärte, daß die Regierung an eine Beseitigung der von Frankenstein'schen Klausel bezüglich an eine Abschaffung der Matrikular-Beiträge nicht denke. Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

Berlin. Dem Bundesrath ging eine Verordnung zu, durch welche die deutsche Konsular-Gerichtsbarkeit in Tunis vom 1. Februar ab aufgehoben wird. — Der „Nationalzeitung" wird von ihrem Madrider Korrespondenten von gestern gemeldet: Als in der heutigen Sitzung der Cortes Castelar mit Beziehung auf die Reise des Königs Alfons nach Deutschland sich unterstand den Kaiser Wilhelm anzugreifen, wurde er durch die energische Protestation Canovas del Castillo unterbrochen und sodann durch den Präsidenten Sagasta an der Fortsetzung seiner Rede verhindert.

Berlin. Heute Abend trifft der Statthalter der Reichslande Freiherr von Manteuffel hier ein. — Die Publikation der Begnadigung des Bischofs von Münster steht dieser Tage bevor. — Das Befinden Bismarcks wird als ein gutes bezeichnet, er macht täglich große Fußtouren in strammer Haltung und raschen Schrittes. — Der Staatssekretär des Inneren von Bötticher wird in Vertretung Bismarcks den Volkswirthschaftsrath eröffnen. — Dem Landtag wird demnächst ein Gesetzentwurf zugehen, welcher die zur Expropriirung der Berlin-Hamburger Bahn erforderlichen Geldmittel bereit stellt. Da die Berathung der Steuervorlage auch noch den morgenden Tag in Anspruch nimmt, so ist die Berathung des Antrages Reichensperger auf Wiederherstellung der kirchen-politischen Verfassungs-Artikel abermals und zwar auf Donnerstag verschoben worden. Dem Centrum kommt dies nicht unerwünscht, da es morgen den Geburtstag Windthorsts zu begehen gedenkt.

Paris. Der spanische Botschafter versicherte gestern dem Ministerpräsidenten Ferry, der warme Empfang, den der Graf von Paris am Madrider Hofe gefunden, gelte nur dem bourbonischen Verwandten und sei keine Demonstration gegen die Republik. Die „Presse" verlangt die Verbannung der Prinzen von Orleans. „Univers" das bisher die Orleans nicht als Erben Chambord's anerkannte, erklärt jetzt, Philipp VII. sei das Oberhaupt der französischen Bourbonen und legitimer König.

Madrid. In der Deputirtenkammer sprach sich der Republikaner Castelar gegen die Reise des Königs nach Deutschland aus. Spanien bedürfe der Ruhe und müsse sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder enthalten. Der frühere Minister des Auswärtigen, Vega de Armijo, erwiederte, es gebe kein Dokument, nach welchem Spanien eine Allianz mit einer fremden Macht eingegangen sei. Die Reise des Königs habe keine Allianzzwecke gehabt, Deutschlands Verhalten Spanien gegenüber sei schon seit Jahren ein äußerst freundliches gewesen. Der Minister des Innern, Moret, erklärte in Bezug auf die innere Lage, das Kabinet werde, wenn die Majorität des Hauses die vorgeschlagene Tagesordnung acceptire, seine Entlassung geben, damit der König mit Unterstützung der alten Majorität und der ministeriellen Linken ein neues Kabinet bilden könne.

Berliner Börse. Im Anschluß an die Haltung der auswärtigen Plätze eröffnete die Börse recht matt, viel matter noch als man erwartet hatte, da politische Einwirkungen nicht vorlagen. Die Spekulation hat sich mit Groß-Engagements überlastet das ist die einzige Begründung der ausgesprochenen Mattigkeit. Eine gegen Schluß auf besseres Paris eingetretene Erholung übertrug sich nicht auf die Nachbörse. Spekulative Banken waren stark angeboten, besonders Kredit-Aktien, die mit 6½ Mark und Diskonto-Gesellschaft, die um ein Viertel Prozent wichen. Deutsche Bank gab nur ein halb Prozent nach, Kassabanken waren belebt und meist schwächer. Eisenbahnen weichend, Mecklenburger verloren 3, Mainzer 1, Ostpreußen und Marienburger je 1¼, Hamburger 4½ Prozent. Die Abschwächungen der österreichischen Bahnen waren weniger bedeutend, Gotthard fest, ebenso österreichische Prioritäten. Bergwerke wurden vom Angebot nicht berührt und behaupteten sich auf Grund besserer Glasgower Notirungen. Brauereien waren schwächer, deutsche Fonds fest, fremde Renten still und nicht ganz behauptet.

Frankfurt a. M., 16. Januar. Credit 260¼, Staatsbahn 257⅞, Lombarden 119⅞, 6er Loose —, Oesterr. Silberrente —, Papierrente —, Galizier 247. Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente 75, 77er Russen —, 80er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungar. Papierrente —, Diskonto —, Egypter 66⅛, Gotthardbahn 87, Mainzer —. Matt.

Wien, 16. Januar. Credit 297,10, Staatsb. 317,80, Lombarden 142,00, Elbethal —, Nordwestb. 166,00, Marknoten 59,35, Ung. Credit 295,75. Matt.

Paris, 16. Januar. (Schluß.) Rente 76,47, Anleihe 106,67, Italiener 91,00, Staatsbahn 631,25, Lombarden 312,50, do. Prioritäten 290, Egypter 331, Oesterr. Goldrente 84¼. Schwach.

London (Getreidemarkt). (Schluß.) 16. Jan. Weizen nominell, angekommener träge, unverändert, Gerste fest, Mehl gedrückt, Mais, Hafer ruhig.

Lokales und Sächsisches.

— Der Tagearbeiter Karl Männchen auf dem Rittergute Zehista erhielt die große silberne Medaille für Treue in der Arbeit.

— Anerkennungsurkunden von Seiten des evang.-luth. Landeskonsistoriums erhielten: Sattlermeister Hummitzsch in Mügeln bei Oschatz, Oekonom Gottlieb Herold zu Sohland a. d. Spree und Auszügler Chr. Richter in Wendisch-Sohland.

— Die zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Budget des Finanzministeriums. Als Referent der Finanzdeputation fungirte Abg. Kreßner. Die hauptsächlichsten Ziffern dieses Budgettheils haben wir früher schon mitgetheilt. Zunächst bewilligte die Kammer die für die allgemeinen Vorarbeiten zur Errichtung eines neuen Finanzministerialgebäudes auf dem rechten Elbufer postulirte Summe von 17,500 Mk., jedoch mit dem Vorbehalt völlig freier Entschließungen über die Baupläne sowohl, als auch über den gesammten Bebauungsplan, zumal da in sämmtlichen vorgelegten Plänen eine neue Brücke eingerichtet ist, deren Bau auf Staatskosten die Deputation durchaus nicht befürworten zu dürfen glaubt. Als Bauplatz ist bekanntlich das zwischen der Verlängerung der Klosterstraße nach der Wasserstraße zu und der Elbe gelegene Terrain vorgeschlagen. Anläßlich eines Postulats von 25,670 Mk. für den Großen Garten giebt Abg. Heger seiner Freude Ausdruck über den Geschmack und die gärtnerische Kunst, mit der die neuen Anlagen des Großen Gartens ausgeführt worden seien. Auch die von der Stadt unterhaltenen Anlagen wären in den letzten Jahren vielfach vermehrt und verschönert worden. Nur möge die Königl. Gartenverwaltung auch die Pflege der Singvögel im Auge behalten, vielleicht würden sich gerade die neuen Anlagen besonders dazu eignen. Finanzminister von Könneritz verspricht, den Wunsch gern in Erwägung ziehen zu wollen, wenn er sich auch über die Mittel und Wege dazu augenblicklich noch nicht ganz klar wäre. Das Postulat wird hierauf bewilligt, ebenso ein Zuschuß von 91,330 M. für die Forstakademie zu Tharandt. Bei der Berathung über einen Zuschuß von 77,500 Mark für die Bergakademie zu Freiberg bittet Abg. Müller-Freiberg, die Regierung möge in den nächsten Etat einen Posten zum Neubau eines Hüttenlaboratoriums für die Akademie mit einstellen, was der Finanzminister zu berücksichtigen verspricht. Die Kammer bewilligt sodann 3,772,614 M. für die Straßenbauverwaltung. Hierbei bittet Abg. Mehnert, künftighin eine größere Summe zum Zwecke einer Unterstützung der Gemeinden bei Anlage von Kommunikationswegen einzustellen und Abg. Niethammer konstatirt, daß durch die neue Bezirksorganisation in den Funktionen des Straßenmeisters nichts geändert worden sei, daß sie vielmehr unverändert verpflichtet wären, alle Kommunikationswege in derselben Weise zu beaufsichtigen wie früher, was von Geh. Finanzrath Heymann bestätigt wird. Abg. Liebknecht bittet die Regierung um Beseitigung eines Mißstandes: Er habe gehört, daß die Straßenarbeiter vielfach erst alle 14 Tage oder gar vierwöchentlich ausgelohnt wurden und bittet dies künftig wöchentlich geschehen zu lassen. Weiter bewilligt die Kammer ohne Debatte den Rest des Budgets des Finanzministeriums. Abg. Mehnert begründet sodann seinen Antrag auf Abschaffung der Nothschlachtsteuer. Klagen über dieselbe habe man schon seit langen Jahren in allen landwirthschaftlichen Kreisen gehört, denn es sei unbillig, auch noch eine Steuer bezahlen zu sollen, wenn man bei Krankheiten das Vieh schlachten müsse, ohne das Fleisch genießen zu können. Uebrigens würden durch den Wegfall der Steuer höchstens 50,000 M. in Abrechnung zu bringen sein. Die Abg. Matthes und Däberitz empfehlen den Antrag, wogegen Abg. Oehmichen dem Antrag nicht zustimmen zu dürfen glaubt und die allerdings etwas optimistische Behauptung aufstellt, daß der Antrag in seiner jetzigen Form, indem er um Wegfall der zu entrichtenden Hälfte der Schlachtsteuer petitionirt, gerade das Gegentheil von dem verlange, was die Antragsteller eigentlich wollten, nämlich die Zahlung der vollen Schlachtsteuer. Er empfiehlt den Antrag auf sich beruhen zu lassen und erst bei der Schlußberathung über die Petition um Abschaffung der Schlachtsteuer auf Schweine darauf zurückzukommen. Die Kammer beschließt hierauf gegen 5 Stimmen, den Antrag an die Finanzdeputation zu verweisen.

— Die Finanzdeputation der zweiten Kammer beantragt, beim Einnahmebudget der Regierung zur Erwägung zu geben, die Gleichstellung der Pensionsverhältnisse sämmtlicher Waldwärter möglichst anzustreben und derartig zu regeln, daß die zur Zeit angestellten 138 Waldwärter, welche Beiträge zur Erlangung einer Altersrente zahlen, später in die Unterstützungskasse für Beamte der Staatsbahn, Straßen- und Wasserbauverwaltung aufgenommen werden, um ihnen und ihren Angehörigen gleiche Unterstützungen gewähren zu können, ferner den Gehalt der Waldwärter auf 900 resp. 792 Mk. zu erhöhen. Ein weiterer Deputationsantrag geht auf Erhöhung des Jahresbetrags für eine Jagdkarte von 12 auf 20 Mk. Ein Minoritätsantrag derselben Deputation, gestellt von den fortschrittlichen resp. liberalen Abgeordneten Bönisch, Kirbach und Starke, empfiehlt der Regierung für die nächste Etatperiode eine Verschmelzung des „Dresdner Journals" mit der „Leipziger Zeitung", während die Majorität dieses Verfahren zum Zwecke der Gründung einer offiziellen Landeszeitung in keiner Weise für angezeigt hält. Ferner wird noch beantragt, für den Bau eines Café-Salons für Bad Elster 46,000 Mk. zu bewilligen.

— Der Stadtgemeinderath von Neusalza hat sich an den Landtag mit einer Petition gewendet, in welcher er um Ausflurung eines Grundstückes von Spremberg und dessen Einbezirkung in Neusalza bittet. Die Majorität der Beschwerdedeputation der zweiten Kammer, Ref. v. Polenz, empfiehlt die Petition auf sich beruhen zu lassen, während die Minorität, Ref. Schreck, beantragt, dieselbe der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen.

— Von den sozialdemokratischen Abgeordneten ist ein Antrag bei der 2. Kammer eingegangen, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage in thunlichster Bälde eine Gesetzvorlage zu unterbreiten, durch welche die Gesindeordnung vom 10. Januar 1835 aufgehoben und der Arbeitsvertrag zwischen Dienstboten und Dienstherren allen übrigen Arbeitsverträgen gleichgestellt und lediglich den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung unterworfen ist.

— Bei der in Chemnitz stattgefundenen Geflügel-Ausstellung haben zwei Dresdner Geflügelzüchter Ehrenpreise erhalten und zwar den ersten Herr Kunsthändler Schila, den zweiten Herr Fabrikant Heckel.

— Die Ziehung der zum Besten der Erbauung eines Hospizes für Kinder auf Nordernei vom „Verein für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten" veranstalteten und auch in Sachsen gestatteten Lotterie ist mit Genehmigung des Königl. preußischen Ministeriums vom 15. Januar auf den 15. März d. J. verlegt worden.

— Die Besetzung des durch Werner's Tod erledigten Postens eines Direktors der Kapelle des Schützenregiments wird erst in einiger Zeit erfolgen. Es haben sich dazu mehrere preußische Regiments-Kapellmeister gemeldet. Vor Februar wird kaum die Probe stattfinden.